

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 22.01.2014

- 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.12.2013**
- 2 Beschlüsse**
 - 2.1 Mitgliedsbeiträge 2014
 - 2.2 Zuwendung an BR-Fonds 2014
 - 2.3 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen 2014
 - 2.4 Änderungen in den Fachausschüssen
 - 2.5 Bestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Sprengelwahlkommissionen →Tischvorlage
- 3 Berichte**
 - 3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske**
 - 3.2 Bericht des Direktors – Muhm**
 - 3.2.1 Arbeitsprogramm 2014 - Schwerpunkte
 - 3.2.2 Funktionsgebühren-Erhöhung mit 1.1.2014
 - 3.2.3 Bericht Bau Plösslgasse 2 (mündlicher Bericht)
 - 3.2.4 Kurzbeurteilung Koalitionsabkommen
 - 3.2.5 Aktueller Bericht
 - 3.3 Beratung – Trenner**
 - 3.3.1 Vorbereitung für die Rechtsschutzleistungen im Rahmen der Verwaltungsgerichtsverfahren
 - 3.3.2 Aktueller Bericht
 - 3.4 Bildung – Aschauer-Nagl**
 - 3.4.1 PISA 2012
 - 3.4.2 Projekt Ufirst
 - 3.4.3 35 Jahre Arbeitswelt & Schule
 - 3.4.4 Bildungs- und Berufsinformationstage L14
 - 3.4.5 Elterninfoabende: 14 – was nun?
 - 3.4.6 Wiener Budgetvoranschlag 2014
 - 3.4.7 Bauordnungs-Novelle
 - 3.4.8 Preisvergleich Drogeriewaren Wien-München
 - 3.4.9 Phishing - Betrugsversuche
 - 3.4.10 Aktueller Bericht
 - 3.5 Information - Ficzko**
 - 3.5.1 IFAM Spezialseminar „Fit & Proper“
 - 3.5.2 Aktueller Bericht
 - 3.6 Soziales – Kundtner**
 - 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Dezember 2013
 - 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – Dezember 2013
 - 3.6.3 Offen Gesagt – Dialogforum für Wiener Arbeit Suchende
 - 3.6.4 AMS Verwaltungsratsbeschluss für 2014: Personal
 - 3.6.5 Unterstützungsmaßnahmen Lehrabschlussprüfung
 - 3.6.6 Enforcement Richtlinie; aktuelle Entwicklung Dezember 2013
 - 3.6.7 Arbeitskräfteüberlassung – Sozial- und Weiterbildungsfonds
 - 3.6.8 Veranstaltung
 - 3.6.9 Aktueller Bericht – Anlaufstelle für undokumentiert („schwarz“) beschäftigte ArbeitnehmerInnen →Tischvorlage

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 9. WTO-Ministerkonferenz von 3. – 7. Dezember in Bali
- 3.7.2 Europäischer Rat am 19./20. Dezember 2013
- 3.7.3 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich
- 3.7.4 AK-Treibstoffpreisanalyse November 2013
- 3.7.5 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 22.01.2014 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.12.2013

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.12.2013.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 13.12.2013 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Mitgliedsbeiträge 2014

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Mitgliedsbeiträge 2014:

Nr	Organisation	Beitrag für 2013	Beitrag für 2014	Beschluss
1	TU Delft – Delft University of Technology	252,00 €	258,00 €	258,00 €

→ einstimmig angenommen

TOP 2.2 Zuwendung an BR-Fonds 2014

Für das Jahr 2014 wurde zwischen Kammerleitung und Betriebsrat vereinbart, dass die Zuwendung folgendermaßen abgegolten wird:

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Zuwendung an BR-Fonds 2014:

BR Körperschaft	Zuwendung für das Jahr 2013	Zuwendung für das Jahr 2014
AK Wien (Grundförderung, Kultur, Sport, Ang. Bibliothek)	50.000,00 €	50.000,00 €

Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 25.000 Euro im Jänner 2014
25.000 Euro im Juli 2014

Der Betrag von jeweils € 50.000,- wurde für die Jahre 2013 bis 2015 vereinbart.

→ einstimmig angenommen

TOP 2.3 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen 2014

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen für das Jahr 2014:

Lt Voranschlag 2014 beträgt die Summe der Einnahmen aus Kammerumlagen	95.500.000,00 €
davon 2,5 %	2.387.500,00 €
Erhöhung im Wahljahr um 1 Mio Euro	3.387.500,00 €

Wahlwerbende Gruppe	1 Wahlergebnis in %	2 Unterstützung 2014
FSG	56,40	1.910.550,00 €
ÖAAB	14,29	484.073,75 €
FA	12,33	417.678,75 €
AUGE/UG	7,21	244.238,75 €
GA	3,57	120.933,75 €
Persp	1,72	58.265,00 €
BM	0,87	29.471,25 €
GLB	0,85	28.793,75 €
TÜRKIS	0,82	27.777,50 €
KOMINT	0,73	24.728,75 €
BDFA	0,71	24.051,25 €
Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 50 % im März 2014 50 % im September 2014		

→mehrstimmig angenommen gegen FA

TOP 2.4 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderung in den Fachausschüssen:

FA Elektroinstallationstechniker, Gürtler, Graveure (PRO-GE)

Neue Ersatzmitglieder:

Muhammet Cetinkaya

Ozrenka Nikolic

FA Gastronomie (Vida)

Neue Ersatzmitglieder:

Sabine Hajek

Eva Eberhart

→ einstimmig angenommen

TOP 2.5 Bestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Sprengelwahlkommissionen → Tischvorlage

Nachdem diverse Korrekturen in die zu beschließende Liste erst Tage vor der Vorstandssitzung eingearbeitet werden konnten, musste die umfangreiche Liste der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Sprengelwahlkommissionen als Tischvorlage verteilt werden. Einvernehmlich wurde jedoch festgestellt, dass eventuelle Fehler bei der Einarbeitung der vorab bekanntgegebenen Korrekturen auch noch nachträglich korrigiert werden können.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt die Bestellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Sprengelwahlkommissionen laut der den SitzungsteilnehmerInnen zugegangenen umfangreichen Unterlage.

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Kaske gibt einen umfangreichen Bericht über die vergangenen Wochen. Ausgehend von der sinkenden Inflation, von der allerdings Wohnen und Nahrung auszunehmen sind, sowie von der steigenden Arbeitslosigkeit, von der besonders Menschen mit einer geringen Ausbildung betroffen sind, betont der Präsident, dass Arbeit, Bildung und Wohnen die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit darstellen. Mit 27. 1. beginnen die AK-Wahlen in Salzburg, Tirol und Vorarlberg und werden im Mai mit Niederösterreich enden. Nachdem die Wahlbeteiligung ganz wichtig ist, startet mit dem heutigen Tag eine „Wahl-Bekanntmachungskampagne“: Ab 22. Jänner wird ein Spot der AK in ORF2 jeweils vor Wien heute, um 18:55 Uhr, zu sehen sein. Auch Infoscreens und mehrere Erklär-Videos unterstützen dies um die Wahl bekannter zu machen. Darüber hinaus wird eine weitere völlig neuartige Aktion durchgeführt, die „Kreuzeraktion“ genannt werden kann: Es ist ein Foto- und Videowettbewerb, bei dem die AK-Mitglieder mit ihren Arbeitsmitteln in ihrem Berufsalltag ihr persönliches Wahlkreuzerl machen, davon ein Foto schießen oder noch besser – ein kleines Video, mit Smartphone oder Kamera – drehen und auf <http://meine.ak-wahl.at> hochladen. Zu gewinnen sind Themenpackages und Gruppenpreise im Wert von 500 Euro.

Kaske erinnert an die am 18.12.2013 mit allen AK-Präsidenten (mit Ausnahme des verhinderten Präsidenten Hämmerle) abgehaltene Pressekonferenz „Forderungen der Arbeiterkammer an die Bundesregierung“, die ein gutes Medienecho hatte. Er verweist auf die entsprechende Unterlage über die Pressekonferenz und sieht summarisch „viel Licht, aber auch viel Schatten“ im Koalitionsabkommen. Der Präsident fordert vor allem, dass ein „Bonus-Malus-System“ zur Beschäftigung Älterer und Maßnahmen am Wohnungssektor (Mietrechtsreform, Sozialer Wohnbau) rasch in Angriff genommen werden müssen.

Der Präsident macht weiters auf den Rückgang der betrieblichen Ausbildungen und das damit verbundene Ansteigen der Ausbildung in überbetrieblichen Einrichtungen aufmerksam, erwähnt die Erhöhung des Betrages des AK-Bildungsgutscheins mit 1.1.2014 und geißelt einmal mehr die ungerechte und unsoziale Vermögensverteilung, denn erstmals wurden in Österreich die Einkommen aus Vermögen wissenschaftlich untersucht. Das Ergebnis: Das oberste Prozent der Österreicherinnen und Österreicher verfügt über ein Jahreseinkommen aus Vermögen von rund 100.000 Euro. Die entsprechende Studie ist unter http://media.arbeiterkammer.at/PDF/MaterialienWuG_125.pdf abrufbar. Für **Kaske** ist denn auch eine Steuerstrukturreform unverzichtbar!

Abschließend verweist der Präsident auf die von den Gewerkschaften gpa-djp und vida erfolgreich abgeschlossenen Lohnverhandlungen für die Gesundheits- und Sozialberufe: Sie bekommen im nächsten Jahr eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 2,5 Prozent und eine Ist-Erhöhung von 2,4 Prozent. Mit Hinweis auf das in den letzten Tagen abgehaltene 5. Dallinger-Symposium "Gemeinsam lernen - Vielfalt leben" schließt der Präsident seinen ausführlichen mit vielen Fakten angereicherten Bericht.

In der anschließenden Diskussion merkt **Schütz** an, dass sie die als Tischvorlage verteilte Unterlage über die „Anlaufstelle für undokumentiert („schwarz“) beschäftigte ArbeitnehmerInnen“ gerne früher bekommen hätte, die Aussage des SPÖ-EU-Wahl-Spitzenkandidaten über das Durchschnittseinkommen der österreichischen ArbeitnehmerInnen auch von der AK kritisiert hätte werden sollen und sie außerdem wünscht, dass ihr Informationen über die Kosten, die Medieneinschaltungen und die Rückmeldungen der laufenden AK-Kampagnen bis Ende Jänner per Mail zugesandt werden. **Stein** klärt auf, dass bereits in der letzten Vorstandssitzung eine Unterlage über die Anlaufstelle für undokumentiert beschäftigte ArbeitnehmerInnen in der Mappe enthalten war

und auch darüber berichtet wurde. **Brandtner** sieht keine Verbindung zwischen der Wahl eines Spitzenkandidaten zur EU-Wahl durch eine politische Partei, seinen Aussagen und der Arbeiterkammer. **Paiha** findet die AK-Kampagne „Wohnen muss billiger werden!“ gut, nicht überraschend ist allerdings der Zeitpunkt der Kampagne und im Übrigen „tut es weh“ wenn der AK Präsident in diesem Zusammenhang im ORF als FSG Mann bezeichnet wird. **Kaske** stellt dazu fest, dass er keinen Einfluss auf die Form der Inserts des ORF hat und selbst über das Insert sehr überrascht war. Der Zeitpunkt der Kampagne ergab sich aus der Notwendigkeit der AK, dieses Thema sofort zu kampagnisieren, nachdem die Öffentlichkeit infolge des hohen Handlungsbedarfs sensibilisiert ist und die AK zu einer deutlichen Stellungnahme gezwungen wurde. Nachdem **Stein** bestätigt, dass es zahlreiche Anfragen zum Thema „Wohnen“ in der AK gibt und die Kampagne sehr gut ankommt, betont **Kaske**, dass die Kampagne über die AK Wahl hinaus fortgesetzt wird und denn auch nicht die von **Schütz** gewünschten Informationen bis Ende Jänner mitgeteilt werden können.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm berichtet einleitend nach der schriftlichen Unterlage über die Vorhaben des Zentralbereichs 2014. Die Schwerpunkte liegen in der Wahlvorbereitung / Wahlbüro in Verbindung mit Bereich Information, in der Organisation und Koordination der Kommunikation der AK Wahl 2014, in der Weiterführung des Strategieprozesses, im Abschluss des Projekts Zentrale Verwaltung, in der Neustrukturierung des Themenbereichs Wissensmanagement, im Neubau Plösslgasse 2, in einer reibungslosen Abwicklung der Neukonstituierung der AK-Gremien und in der Implementierung eines Austrittsmanagements. Eingehend auf den geplanten Neubau Plösslgasse 2 stellt der Direktor fest, dass nun – wie bereits in der letzten Vorstandssitzung angedeutet – neu ausgeschrieben werden muss. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich durch den Bezirksbauausschuss, der trotz der Genehmigung des Bauvorhabens durch die MA 19, MA 21 und die Baupolizei noch Änderungen gefordert hat und somit keinen Beschluss gefasst hat. Der Hintergrund dieser Verzögerung liegt u.U. im vom Bezirk gewünschten Durchgang Plösslgasse – Argentinierstraße. Jedenfalls wird die AK keineswegs dafür Kosten übernehmen. Der Direktor ersucht die Vorstandsmitglieder ihren Einfluss auf die Bezirksmandatare geltend zu machen, damit es rasch zur Einigung kommt. Abschließend weist **Muhm** auf die Funktionsgebührenerhöhung mit 1.1.2014 und die bereits vom Präsidenten erwähnte „Kurzbeurteilung Koalitionsabkommen“ im Rahmen der Pressekonferenz vom 18.12.2013 hin. Eine ausführliche Stellungnahme der AK zum Koalitionsabkommen ist derzeit in der Endredaktion.

Schütz bedankt sich für die ausführliche Unterlage zum „Arbeitsprogramm 2014“ wünscht sich jedoch vom Konsumentenschutz der AK verstärktes Auftreten gegen die nun wieder häufiger auftretenden „phishing-mails“, „Türgeschäfte“, Internetgeschäfte und gegen für die Menschen unverständlichen Anlageformen bei Bankgeschäften sowie ein Eintreten für eine deutlicher sichtbare Lebensmittelkennzeichnung. **Muhm** weist in diesem Zusammenhang hin, dass der BAK-Vorstand in der nächsten Woche den BAK-Internet-Ombudsmann beschließen wird, wofür bundesweit rd. € 50.000,-- in die Hand genommen werden. Bezüglich der Erhöhung der Funktionsgebühren gibt **Paiha** zu bedenken, dass FunktionärInnen ihren AK-Job während ihrer regulären Arbeitszeit ausüben. Es sei deshalb zu wünschen, dass eine entsprechende Bestimmung beschlossen wird, dass FunktionärInnen für die dies zutrifft, keine Funktionsgebühren von der AK zu erhalten haben. **Muhm** stellt dazu fest, dass zum einen die AK Wien ohnehin die niedrigsten Funktionsgebühren den Vorstandsmitgliedern zahlt und zum zweiten die Funktionsgebühr nicht als Sitzungsentgelt, sondern vielmehr als Arbeitsentgelt zu verstehen ist.

⇒ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner gibt einleitend einen kurzen Überblick über das Arbeitsprogramm 2014 in den Bereichen Arbeitsrechtliche Beratung, Rechtsdurchsetzung und Insolvenzabwicklung um anschließend die Vorbereitung der Abteilungen Rechtsschutz und Arbeitsmarkt und Integration für die Rechtsschutzleistungen im Rahmen der Verwaltungsgerichtsverfahren nach der den Vorstandsmitgliedern zugegangenen instruktiven Unterlage zu skizzieren. Abschließend weist der Bereichsleiter darauf hin, dass im Vorjahr eine der größten Insolvenzen ("Alpine") erfolgreich abgewickelt werden konnte.

⇒ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Nachdem **Aschauer-Nagl** kurz die Ziele und die damit verbundene Vorhaben im Arbeitsprogramm 2014 ihres Bereichs „Bildung - Konsumentenschutz – Kommunalpolitik“ (Bessere Vereinbarkeit von Bildung – Beruf – Privatleben: Schwerpunkt Ganztagschule, "Frühen Schulabbruch verhindern", Erhöhung soziale Durchlässigkeit zum Hochschulsektor, Verbesserung der Durchlässigkeit durch Kompetenz-Anrechnung, Konferenz Wien wächst – Herausforderung aufzeigen, leistbare Wohnversorgung thematisieren und durchsetzen, KonsumentInnen vor Nachteilen bei Finanzdienstleistungen schützen, Preismonitoring, Verteilung des öffentlichen Raumes thematisieren, Industriepolitik in Wien als Politikansatz forcieren, Wien radelt zur Arbeit – gesunden Arbeitsweg fördern, Migrantische Ökonomien in Wien – Arbeitsqualität erheben, Zeitschrift „AK Stadt“ als Informationsquelle für MeinungsbildnerInnen festigen, Stadtentwicklungsplan Wien 2014 mitgestalten, „Leben und Arbeiten in der Stadt“ als Schnittstelle verankern) benannt hat, berichtet sie über "PISA 2012", in welcher die 15- bis 16-jährigen Schülerinnen und Schüler in Österreich in allen drei "Kompetenz- Domänen" (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaft) deutlich besser als noch 2009 abschnitten. Sie informiert, dass das Projekt Ufirst, eine Kooperation der AK Wien mit der Universität Wien und dem Österreichischen Austauschdienst, sich zum Ziel gesetzt hat, einen Beitrag zur Verbesserung universitärer Lehr- und Lernbedingungen zu leisten, um die Bedingungen für alle Studierenden inklusiver zu gestalten und ihre Partizipationsmöglichkeiten zu verbessern. Eingehend auf die erfolgreichen Jubiläumsveranstaltungen zu "35 Jahre Arbeitswelt & Schule" kündigt die Bereichsleiterin an, dass "Arbeitswelt & Schule" auch in Zukunft den bisher erfolgreichen Weg fortsetzen und mit neuen Impulsen das Service für Schulen verbessern wird. Nach Hinweisen auf die Bildungsmesse und die damit zusammenhängenden erfolgreich absolvierten Veranstaltungen zur "L 14" verweist **Aschauer-Nagl** - eingehend auf Kommunales - auf den schriftlich vorliegenden Bericht zum "Wiener Budgetvoranschlag 2014" und die darin enthaltenen AK-Forderungen. Sie gibt bekannt, dass die Stadt Wien eine Novellierung der Bauordnung plant. Nach einer ersten Präsentation der geplanten Eckpunkte Mitte 2013, ist das magistratsinterne Begutachtungsverfahren derzeit noch nicht abgeschlossen bzw hat das externe Begutachtungsverfahren noch nicht begonnen. Im Mittelpunkt stehen drei wesentliche Schwerpunkte: Maßnahmen für kostengünstiges Bauen und Wohnen, Maßnahmen für mehr Wohn- und Lebensqualität und Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit.

Nach Hinweis auf die beiden konsumentenpolitischen schriftlichen Unterlagen über den Preisvergleich identer Drogeriewaren Wien-München und Phishing – Betrugsversuche anlässlich der Umstellung des Zahlungsverkehrs auf SEPA geht **Aschauer-Nagel** auf die Wünsche von **Schütz** ein und merkt dazu an, dass sie mit **Schütz** einer Meinung ist, dass die genannten Aufgaben ganz wichtig sind.

Aschauer-Nagl kann denn auch versichern, dass diese selbstverständlich vom AK Konsumentenschutz mit größter Intensität und Sorgfalt weiterhin behandelt werden. Aus dieser Selbstverständlichkeit heraus wurden diese auch nicht explizit im doch einer gewissen Kürze verpflichtenden Arbeitsprogramm aufgenommen. So etwa laufen bezüglich phishing-mails Aktivitäten im Internet, den Finanzdienstleistungen wird - wie mehrmals im Vorstand bereits berichtet - höchste Aufmerksamkeit geschenkt und eine bessere Lebensmittelkennzeichnung wurde in die Regierungsverhandlungen eingebracht und auch auf EU-Ebene weiterverfolgt werden.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Ficzko

Auch **Ficzko** verweist einleitend auf das Arbeitsprogramm 2014 seines Bereichs (u.a. Kontrolle der Betriebsratsfonds, IFAM Ausbildung von ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat, Strukturwandelbarometer, Fachausschüsse, Branchenanalysen, Bilanzdatenpool BAP, Corporate Governance, Gesellschaftspolitisches Diskussionsforum (GEDIFO), Monitoring der betrieblichen Verteilungspolitik, Politische Seminare für ArbeitnehmervertreterInnen, ReferentInnenakademie, BRAK und SOZAK etc.) und betont, dass derzeit nahezu die Hälfte der MitarbeiterInnen des Bereichs mit Durchführung der AK Wahl 2014 beschäftigt ist. Eingehend auf die Arbeit des Wahlbüros erwähnt der Bereichsleiter die in der letzten Hauptwahlkommission gefassten Beschlüsse über die wahlwerbenden Gruppen, den Stimmzettel zur AK-wahl und die Abgrenzung der Betriebswahlsprengelel.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Betreffend des umfangreichen Arbeitsprogramms 2014 ersucht **Kundtner** um Studium der ausführlichen Unterlage, zumal es schwer fällt einzelne Punkte aus dem sich über das weite Feld der Sozialpolitik erstreckende Programm herauszuheben. Eingehend auf die Berichtspunkte informiert die stellvertretende Direktorin über das Dialogforum „Offen Gesagt“, welches das Ziel verfolgt, die Unterstützungsbedarfe und die Zufriedenheit mit der Vermittlung durch das AMS bzw. der Beratung durch den Waff, der Vertretung durch die AK aus Sicht der Betroffenen zu erheben. Im Rahmen moderierter Fokusgruppen haben ausgewählte AMS-KundInnengruppen die Möglichkeit bekommen, selbst zu formulieren, womit sie im Vermittlungsprozess zufrieden oder unzufrieden sind, und welche Unterstützung sie zur Bewältigung ihrer Probleme auf dem Arbeitsmarkt benötigen. In der Verwaltungsratssitzung des AMS am 10.12.2013 war die Personalsituation des AMS ein zentrales Thema. Ausgehend von dem Beschluss des Verwaltungsrates im Herbst über die Aufstockung des AMS Personals um 100 Personen, den die Arbeitgebervertreter nicht mitgetragen, sondern sich der Stimme enthalten haben, wurde vereinbart, den Personalbedarf des AMS nochmals grundlegend zu diskutieren um eine gemeinsame Sichtweise zu entwickeln. In der Sitzung wurde beschlossen, Pilotprojekte zu initiieren, die die Wirkung von intensiverer Betreuung der Arbeit Suchenden in unterschiedlichen Arbeitslosigkeitsphasen nachweisen sowie ein Projekt, das die KundInnenkontakte

näher untersucht und dabei auch Daten für ein Auslastungscontrolling der MitarbeiterInnen liefert. Für die AG Kurie ist eine weitere Aufstockung erst wieder zu diskutieren, wenn die Ergebnisse dieser Projekte vorliegen, also nicht vor 2016. AK und ÖGB haben diesen Projekten zwar zugestimmt, die Diskussion zur weiteren Personalentwicklung, die auch eine Diskussion über die Qualität, mit der die Leistungen des AMS in Zukunft erbracht werden sollen, muss aber weitergeführt werden. Sie informiert anschließend über die Unterstützungsmaßnahmen Lehrabschlussprüfung und stellt zur "Enforcement Richtlinie" fest dass der nunmehr beschlossene Text weiterhin wesentliche von der AK seit Jahren geforderte Punkte enthält und daher zu begrüßen ist. Der nächste Schritt werden nun Verhandlungen zwischen Parlament und Rat sein. Es ist zu erwarten, dass es zu keinen wesentlichen Änderungen kommen wird. Unklar ist jedoch, ob vor den Wahlen zum Europaparlament im Mai ein Ergebnis erzielt werden kann. Nach Hinweis auf die Veranstaltungen des Sozialbereichs und auf die schriftliche Unterlage "Arbeitskräfteüberlassung – Sozial- und Weiterbildungsfonds" erklärt **Kundtner** die Ziele der "Anlaufstelle für undokumentiert ("schwarz") beschäftigte ArbeitnehmerInnen": Es geht um die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, um die Bekämpfung von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und um Hilfestellung für KollegInnen, die weniger Entgelt erhalten, als ihnen zusteht. Träger der Anlaufstelle ist ein Verein, mit sowohl natürlichen als auch juristischen Personen als Mitgliedern. Neben Privatpersonen und einigen NGOs sind auch einzelne Gewerkschaften wie zB die PRO-GE und die GBH Vereinsmitglied. Nicht jedoch die AK. Seitens der AK wurde mit dem Verein ein Werkvertrag geschlossen, der die AK berechtigt, Ratsuchende zur Rechtsberatung an den Verein zu verweisen. Außerdem hat die AK das Recht, auf den Informationsstand des Vereins zu zugreifen und die Falldokumentationen auszuwerten. Dadurch können die ständig wechselnden Strategien der auf Sozialbetrug abzielenden Unternehmen besser erkannt und analysiert werden, um dagegen Strategien zu entwickeln.

Auf Frage von **Schütz**, ob sich dort auch Pfscher beraten lassen können betont **Kundtner**, dass dies keine Steuerhinterziehungsberatungsstelle ist. Es ist bekannt, dass sich Unternehmer durch Schwarzarbeiter Vorteile verschaffen. Diesen Schwarzarbeitern wird zu ihrem Recht (Entlohnung für tatsächlich geleistete Arbeit) verholpen und der Unternehmer angezeigt. **Ledwinka** erklärt, dass es sich um ein gemeinsames Projekt von Gewerkschaften (ÖBG, Vida, PRO-GE, GPA-djp, GBH), AK, WAFF und Sozialministerium handelt um Menschengausbeutung und "Sklaverei" in Österreich zu verhindern. **Paiha** gibt bekannt, dass die MitarbeiterInnen Vereinsangestellte und keine ÖGB-Angestellten sind. Auf eine weitere Frage von **Schütz**, wie die Tätigkeit des Vereins beworben wird, sagt **Kaske**, dass man diesbezüglich den Verein fragen muss. Die AK bekommt nur die inhaltlichen Informationen über die Beratungen.

Nachdem **Schütz** am Beispiel eines konkreten Falles die Sinnhaftigkeit von AMS-Kursen für Arbeitslose, die kurz vor der Pensionierung stehen, hinterfragt, merkt **Muhm** an, dass offenbar ein Mann nicht angegeben hat vor der Pensionierung zu stehen und **Kundtner** führt dies auch auf die viel zu kurz zur Verfügung stehende Beratungszeit der sehr bemühten AMS-MitarbeiterInnen zurück.

⇒ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Kubitschek berichtet, dass das „Steuerthema“ (Kurswechsel für Wachstum und Beschäftigung), eine Änderung des ÖIAG-Gesetzes, die Energiepolitik und die Forcierung des öffentlichen Verkehrs im Mittelpunkt des Arbeitsprogramms 2014 stehen. Nach Verweis auf die schriftlich vorliegenden Unterlagen informiert die Bereichsleiterin aktuell über das derzeit zur Begutachtung vorliegende Abgabenänderungsgesetz. Entschärft werden sollte aus Sicht der Arbeiterkammer die geplante höhere Besteuerung von Kündigungsentschädigungen. Diese Maßnahme ist im Regierungsprogramm nicht vorgesehen und könne zu Unrecht entlassene Arbeitnehmern Tausende Euro kosten. Verschärft werden sollten dagegen Maßnahmen gegen echte "Golden Handshakes" (durch die Nicht-Absetzbarkeit für die auszahlenden Unternehmen) sowie gegen Steuerflucht internationaler Konzerne.

⇒ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

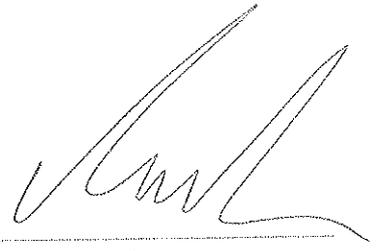
4 Allfälliges

Kludak bedankt sich für die regelmäßige Zusendung der Stellungnahmen der AK, ersucht jedoch das Büro von der Zusendung jener Stellungnahmen anzusehen, in welchen von der AK „kein Einspruch“ erhoben wird. Kaske wird klären lassen, ob dies technisch möglich ist.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Kaske** die Sitzung um 13:55 Uhr.



Der Präsident



Der Direktor



Protokoll